

Schweiz

Nachrichten

Bauernprotest Branchenorganisation Milch sei unfähig, kritisiert Uniterre

Mehrere Dutzend Landwirte von Uniterre haben gestern gegen die aus ihrer Sicht unhaltbare Lage auf dem Milchmarkt protestiert. Sie füllten in Bern ein Becken mit Milch und hiessen die Verantwortlichen der Branchenorganisation Milch, die «Suppe» auszulöffeln. Obwohl es die Branchenorganisation Milch seit über einem Jahr gebe, habe sie es bisher verpasst, die Überproduktion von Milch einzudämmen, kritisierte die Bauerngewerkschaft. Dieser Überschuss habe zu einem «dramatischen Preiszerfall» geführt. Auf Transparenten forderten die Milchbauern einen Preis von 1 Franken pro Liter Milch. (SDA)

Krankenkassenreform

Pulsus hat Referendum gegen Ärzte-Netzwerke beschlossen

Die Patienten sollen nicht zum Beitritt zu einem Ärztenetzwerk gezwungen werden. Pulsus - eine «Vereinigung von Praktikern aus dem Gesundheitswesen» - hat gegen die Managed-Care-Vorlage des Nationalrats das Referendum beschlossen, wie sie gestern mitteilte. Der Ständerat hat die Vorlage noch nicht behandelt. Pulsus geht aber nicht davon aus, dass die kleine Kammer die gewünschten Korrekturen vornimmt. (SDA)

Fördergelder

Thurgau spricht am meisten Geld für erneuerbare Energien

Der Kanton Thurgau hat 2009 schweizweit am meisten Energiefördergelder pro Einwohner ausbezahlt. Das geht aus dem Jahresbericht des Bundesamts für Energie hervor. Der Kanton richtete knapp 53 Franken Fördergelder im Sektor pro Einwohner aus. (SDA)

Wahlen

FDP Bern sucht Kandidaten für den Ständerat

Die FDP des Kantons Bern will 2011 bei den Ständeratswahlen antreten. Das hat der geschäftsleitende Parteiausschuss beschlossen. Die Kandidatensuche verlaufe gut. Mit wem die Partei spricht, wollte sie gestern aber nicht sagen. Bestimmt wird die Kandidatin oder der Kandidat am 3. November an einer Delegiertenversammlung. (SDA)

Anzeige

Jetzt Sonderverkauf!

Dipl.-Ing. FUST

Direkt zum Sonderverkaufs-Prospekt:
www.fust.ch

Elektrohaushaltapparate
Viele 100 Waschautomaten, Kühlschränke, Espressomaschinen, Tumbler, Bügeleisen, Staubsauger, Rasierer, etc.
Jetzt mit **77% Superrabatt.**

Unterhaltungselektronik
Viele 100 TV-/HiFi-/Video-/Foto-/DVD-/Natel-/Navigationsgeräte stark reduziert.
Jetzt mit **77% Superrabatt.**

Computer mit Service
Notebooks, Desktop PCs, Drucker, Bildschirme, Organizer, Wireless, Multimedia, Internet.
Jetzt mit **77% Superrabatt.**

Küchen und Bäder
Die schönsten Fust-Massküchen und Bäder.
Jetzt mit mind. **10% Superrabatt.**
Wenn möglich Grundriss mitbringen.

Occasionen
Fragen Sie auch nach Demomodellen und Occasionen!

AG: 2x Aarau, Bremgarten, Brugg, Kaiseraugst, 2x Oftringen, Spreitenbach, Suhr, 2x Wettingen, Wohlen, Würenlingen • BE: 4x Bern, 2x Biel, Biel, Burgdorf, Heimberg, Interlaken, Interlaken-Matten, Langenthal, Langnau i.E., Lyssach, Niederwangen-Bern, Schönbühl, Thun • BL: Fullinsdorf, Oberwil • BS: 4x Basel • FR: Avry-sur-Matran, 2x Villars-sur-Glâne • GR: 2x Chur • LU: 3x Emmenbrücke, Kriens, 2x Luzern, Sursée • SG: Buchs, Haag, Mels, Oberbüren-Uzwil, Rapperswil-Jona, St. Gallen, St. Gallen, St. Gallen-Neudorf, St. Margrethen, Widnau, Wil • SH: 2x Schaffhausen • SO: Egerkingen, Grenschen, 2x Olten, Zuchwil • SZ: Pfäffikon, Schwyz • TG: Amriswil, Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen, Rickenbach-Wil, Weinfelden • UR: Schattdorf • VS: Collombey, Conthey, Martigny, Visp-Eynholz • ZG: 2x Zug • ZH: Affoltern a.A., 2x Bülach, Dielsdorf, Dietikon, Glättzentrum, Hinwil, 2x Horgen, Meilen, 2x Regensdorf, Uster, 2x Volketswil, Wädenswil, Winterthur, Winterthur-Grüze, Winterthur-Töss, 7x Zürich, Zürich-Hauptbahnhof, Zürich-Oerlikon **Schnellreparaturdienst und Sofort-Geräteersatz 0848 559 111 (Ortstarif)** • Bestellmöglichkeiten per Fax 071 955 92 44 • Standorte unserer 159 Filialen: 0848 559 111 (Ortstarif) oder www.fust.ch

Fall Osterwalder beeinflusste Rappaz' Verlegung ins Berner Inselspital

Das Inselspital ist bereit, den vom Hungerstreik geschwächten Hanfbauern notfalls am Leben zu erhalten.

Von Richard Diethelm, Lausanne

Die Walliser Sicherheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermatten ist im Inselspital Bern fündig geworden. Im Gegensatz zum medizinischen Dienst des ihr unterstellten Strafvollzugs im eigenen Kanton und zum Universitätsspital Genf erklärten sich die Ärzte in Bern grundsätzlich bereit, bei Bernard Rappaz notfalls lebensrettende Sofortmassnahmen zu ergreifen. Der zu 5 Jahren und 8 Monaten Gefängnis verurteilte Hanfbauer hungert seit mehr als 100 Tagen, sofern man seine Verweigerung der Nahrungsaufnahme vor und nach dem Haftunterbruch im Mai zusammenrechnet.

Vor dem Entscheid, Rappaz ins Inselspital zu verlegen, musste die SP-Staatsrätin zwischen zwei Rechtsgütern abwägen: Einerseits garantieren die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Bundesverfassung das Recht auf persönliche Freiheit; es schliesst auch die Freiheit ein, aus dem Leben zu scheiden. Andererseits verpflichten die EMRK und die Bundesverfassung den Staat, das Leben von Menschen - auch das von Strafgefangenen - zu schützen.

Die Gewichtung verändert

In diesem Dilemma gewichtete Waeber anfänglich die persönliche Freiheit höher. Wenn Rappaz sterben wolle, «werde ich seinen Willen respektieren», hatte sie am 21. Mai gesagt. Der Hanfbauer hatte damals die Walliser Sicherheits- und Sozialdirektorin an der Nase herumgeführt und sich im von ihr gewährten Hafturlaub im Nu erholt. In der Zwischenzeit kam diese zu einer anderen Überzeugung. «Die Pflicht des Staates, dem Tod von Bernhard Rappaz vorzubeugen, ist der persönlichen Freiheit vorzuziehen», teilte sie gestern mit.

Der Zürcher Strafrechtsprofessor Christian Schwarzenegger beeinflusste diese Entscheidfindung. Das Gespräch mit ihm sei «aufschlussreich» gewesen, er habe ihr erklärt, wie sich die Zürcher Justiz während des Hungerstreiks des Kinderschänders René Osterwalder für den Notfall gerüstet hatte, sagt Waeber. Der zu 17 Jahren Zuchthaus verurteilte Osterwalder war vor einem Jahr in der Zürcher Strafanstalt Pöschwies in den Hungerstreik getreten, um zu erzwingen, dass er mit seinem Partner im Gefängnis zusammenleben kann.

Der geschwächte Osterwalder wurde damals ebenfalls ins Inselspital verlegt. Auf Bitte seines Freundes brach er den Hungerstreik jedoch vor Ende August 2009 ab. Im Beschluss bezüglich Rappaz



Bernard Rappaz erholte sich im Januar 2002 nach 72-tägigem Hungerstreik im Spital Martigny. Foto: Jean Revillard (Rezo)

wählte man laut Waeber dieselbe Formulierung wie im Zürcher Fall. Der Hanfbauer soll nicht bei Bewusstsein gegen seinen Willen zwangsernährt werden. Aber es werden «notfalls alle lebensrettenden Sofortmassnahmen getroffen».

Bern wählte deutsche Strategie

Bern bot sich als Ausweg aus dem Dilemma an, weil der Kanton in seine Vollzugsordnung des Strafrechts die in Deutschland geltende Strategie bei Hungerstreik übernahm. Strafrechtler Christian Schwarzenegger umschreibt

diese so: «Gerät jemand im Hungerstreik in Lebensgefahr, muss er zwangsernährt werden.» Rechtlich einwandfrei sei auch die britische Strategie: «Solang jemand urteilsfähig ist, lässt man ihn hungern und weist ihn auf die Lebensgefahr seines Tun hin.» Schwarzenegger betont jedoch, der Staat dürfe als Ultima Ratio nur jemanden zwangsernähren, der nicht sterben wolle. Persönlich gewichtet er im Fall Rappaz «die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber Häftlingen höher als das Selbstbestimmungsrecht von Hungerstreikenden».

Rappaz habe wiederholt gesagt, er wolle gern leben, erinnert Waeber. Trotz seiner schriftlichen Erklärung, er wolle keinesfalls zwangsernährt werden, sei «nicht klar, was er genau will». Ein Bekannter des Hanfbauern, der Rappaz vor der Verlegung am Sonntag im Genfer Spitalgefängnis besucht hat, entgegnet: «Er hat mehrfach betont, er nehme sich das Leben, falls er zwangsernährt werde.» Körperlich sei Rappaz sehr geschwächt. «Aber er ist kein lebender Leichnam. Im Kopf hat er immer noch dieselbe Kraft, und er lächelt wie stets.»

Brauchs für kleine Kinder einen Bildungsplan?

Kinder sollen in Krippen nach einem einheitlichen Plan gefördert werden. Politiker befürchten, dass dadurch nicht mehr alle die gleichen Chancen haben.

Von David Schaffner, Bern

Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren sollen in den Krippen künftig eine gezieltere Förderung erhalten. Die Schweizerische Unesco-Kommission und das Netzwerk Kinderbetreuung, die Dachorganisation der Krippen, arbeiten an einem Projekt zur Einführung eines verbindlichen Bildungsplans für Kleinkinder. Bereits 2011 wollen sie den neuen Plan an den Krippen in einer grossen Stadt oder in einem ganzen Kanton testen. Später soll er an allen Schweizer Krippen gelten.

«Die Schweiz tut heute zu wenig für die Förderung von Kleinkindern», sagt Unesco-Kommissionsmitglied Heinz Altorfer. Deshalb sei es notwendig, dass «ein Orientierungsplan für das Lernen in der frühen Kindheit erstellt» werde. In Finnland, England oder Deutschland gebe es bereits entsprechende Pläne mit Programmen und Bildungszielen in Bereichen wie Sprache und soziale sowie motorische Entwicklung. «Wie einen Lehrplan darf man sich den Bildungsplan aber nicht vorstellen», sagt Altorfer. «Es geht nicht um Leistungsziele, die

an einer Prüfung getestet werden.» Vielmehr soll der Plan Anregungen für das spielerische Lernen bieten.

Noch mehr Unterschiede

Bei Bildungspolitikern führt der Plan dennoch zu Kritik: «Bald beginnt die Frühförderung im Mutterleib», sagt der Luzerner Bildungsdirektor Anton Schwingruber (CVP), der als Präsident des Lenkungsausschusses bei der Arbeit am neuen, schweizweiten Lehrplan 21 beteiligt ist. «Viele Kinder, die eine frühe Förderung am nötigsten hätten, werden nicht profitieren, da sie keine Krippe besuchen.» Für Kinder aus bildungsfernen Schichten werde es schwieriger, gleiche Chancen zu erhalten. Schwingruber fürchtet: «Eine Verschulung könnte dazu führen, dass wir die Krippen für obligatorisch erklären müssen.»

Schwingruber sieht auch praktische Probleme: «Die Heterogenität an den Volksschulen ist heute schon sehr gross. Wird ein Teil der Kinder konsequent früh gefördert und ein anderer nicht, wird die Integrationsaufgabe der Lehrer schwieriger.» Schwingruber mahnt, dass die Volksschule und der Kindergarten den wichtigen Auftrag haben, allen die gleiche Bildung zu vermitteln - und zwar je nach Kanton bereits ab dem Alter von vier Jahren.

CVP-Nationalrätin Kathy Riklin befürchtet ebenfalls, dass «ein Bildungsplan keine Lösung ist für die Probleme,

vor denen wir in den Schulen stehen». Eine Untersuchung der Frühförderung durch eine Grundstufe habe kürzlich ergeben (TA vom 25. 6.), dass es für die spätere Schulleistung keine Rolle spiele, ob Vierjährige eine Grundstufe mit gezielter Förderung oder bloss den Kindergarten besuchen würden. «Wir sollten nicht beliebig viel Geld in Projekte stecken, die nicht viel bringen», sagt Riklin.

SVP will Gelder abklemmen

SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer meint: «Kaum zeigt eine Evaluation, dass die frühe Verschulung nichts bringt, versuchen die Bildungspolitikern auf einem anderen Weg Bildungsziele für Kleinkinder durchzudrücken.» Damit würden Eltern beschuldigt, sie alleine könnten die Aufgabe der Erziehung nicht übernehmen. «Der Bildungsplan ist eine unzulässige Entmachtung der Familie, für die es keine Rechtsgrundlage gibt», sagt Schlüer.

Die SVP-Vizepräsidentin und Kinderkrippenleiterin Nadja Pieren findet den Bildungsplan schlicht überflüssig: «In einer professionellen Kita arbeitet gut ausgebildetes Personal. Man kann daher erwarten, dass Kinder ihrem Alter und ihrer Entwicklung entsprechend betreut, gefördert und gefordert werden.» Die SVP will gegen den Plan kämpfen, indem sie sich dagegen ausspricht, dass Krippen weiterhin staatliche Unterstützung erhalten.

Bei der Unesco und beim Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) schüttelt man den Kopf über die viele Kritik: «Die Unterschiede unter den Kindern sind heute schon gross», sagt LCH-Präsident Beat W. Zemp. «Eine gezielte Förderung der Krippenkinder wird nicht dazu führen, dass andere Kinder schlechter werden.» Jedes gute Kind hingegen sei eine Entlastung für den Lehrer. «Vielleicht gelingt es dank dem Bildungsplan, mehr Eltern aus bildungsfernen Schichten davon zu überzeugen, dass sie ihr Kind in eine Krippe schicken», hofft Zemp.

Altorfer von der Unesco ist im Gegensatz zu Bildungsdirektor Schwingruber überzeugt, dass gerade in den Krippen die bildungsfernen Schichten erreicht würden: «Wenn wir die Qualität in den Krippen anheben, können wir die Chancengleichheit von Kindern erhöhen, die zu Hause zu wenig Impulse erhalten.»

Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr schliesslich glaubt, dass von einem Bildungsplan alle profitieren könnten - auch jene Kinder, die zu Hause bleiben. «Heute gibt es gar keine echte Debatte darüber, wie wir die Kleinkinder besser fördern können», sagt sie. «Erarbeiten wir jedoch einen Bildungsplan, so können sich auch die Eltern davon inspirieren lassen.» Eine öffentliche Debatte werde dazu führen, dass alle Eltern besser über die Möglichkeiten der Kleinkindererziehung informiert seien.